

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfach 10: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6850-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.  
Postfach 10: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 3,80 monatlich, M. 11,40 vierteljährlich, ohne  
Transport; durch die Post bezogen: M. 4,75 monatlich, M. 14,25 vierteljährlich, ohne Post-  
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Druckerei, die Träger und alle  
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-  
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreise: Örtliche Anzeigen M. 1,25, auswärtige Anzeigen M. 1,50, örtliche Reklamen M. 5,—,  
auswärtige Reklamen M. 7,— für die empfangene Kolonnenzeile oder deren Raum. — Bei wieder-  
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-  
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an  
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Mittwoch, 4. August 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 359. • 68. Jahrgang.

## Die gescheiterte Sozialisierung.

Ob es den Mehrheitssozialisten wohl jemals voller Ernst war mit einer umfassenden und durchgreifenden Sozialisierung? Die Macht dazu hätten sie wohl gehabt, wenigstens die Möglichkeit, darauf zu dringen. Aber sie werden sich bewußt geworden sein, daß der Zeitpunkt für die Verwirklichung der Vergeistlichung wenig günstig gewesen wäre. Und zu den entscheidenden Gründen für den Gegensatz zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen hat wohl immer auch das gehört, daß jene überzeugt davon waren, der Sozialismus würde die größten Gefahren für sich heraufbeschwören, wenn er die vielberufene „Expropriation“ der „Expropriateure“ in einem Augenblick vornähme, wo unsere Wirtschaft von tödlichen Schlägen getroffen worden ist. Es klingt deshalb wie eine Elegie auf ein verflüchtigtes Utopien (das aber notwendigweise verflüchtigt werden mußte), wenn ein Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Emil Lederer, in seinem Buche „Deutschlands Wiederaufbau und volkswirtschaftliche Neugliederung“ breit und sehnüchelt ausmalt, wie es nicht geworden ist, und wie es hätte sein können. Nach einem Anlauf, nach allerlei grundsätzlichen Erklärungen, nach Einsetzung einer Sozialisierungskommission sei schließlich nichts geschehen. Das Unterbleiben eines jeden Versuchs, die Produktionsmittel zu erfassen und in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft zu bringen, biete den fremden Kapitalisten die Möglichkeit, das deutsche Volkswirtschaften um einen Bettel zu erwerben. Wäre im November 1918 eine großzügige Sozialisierungsaktion eingeleitet worden, hätte man nach vorläufigen Sperrmaßnahmen die deutschen Schlüsselindustrien verstaatlicht, hätte man wenigstens Kohlenbergbau, Eisenindustrie, gemischte Industrie und vielleicht noch einige andere Großindustrien erfaßt, wären die Besitzer (Privatunternehmer und Aktionäre) in Obligationen abgefunden worden, dann hätten sie keine Möglichkeit der Kapitalflucht nach dem Ausland gehabt und auch das Ausland hätte sich nicht zu Schleuderpreisen Eingang in die deutschen Werke verschaffen können. Man hätte den etwa notwendigen Verkauf zentral zu angemessenen Preisen vollziehen können. Man hätte endlich selber bestimmen können, welche deutschen Vermögenswerte in ausländische Hände gelegt werden sollen. All dies sei verflüchtigt worden. Für die Sozialisierung sei es in Deutschland aber noch nicht zu spät. Die Sozialisierung der Schlüsselindustrien biete die Möglichkeit, den Einstrom fremden Kapitals zu lokalisieren. Sie übe aber auch einen starken Einfluß auf die übrigen Industrien. In welcher Weise dieser nutzbar gemacht werden können, lasse sich im Voraus nicht übersehen. Jedenfalls aber gebe die Sozialisierung der Produktionsgrundlagen die Möglichkeit derjenigen Verbindung von Zwang und Freiheit, die der gegenwärtigen Lage entsprechen würde. Man erkenne aus dieser Trauerlage um eine verlorene Gelegenheit, daß der Verlauf auch bei stärkerem Willen zur Sozialisierung schließlich nicht viel anders gewesen wäre. Und das heißt der Verfasser selber ein, indem er resigniert bekennt, der Sozialismus sei doch eigentlich nur international möglich. In der Tat ist damit der Kernpunkt der ganzen Frage berührt. Bei Festigung des Kapitalismus im Ausland wird jeder deutsche Sozialisierungsversuch an diese Schranken stoßen. Möglich, daß die planmäßige Regelung des internationalen Warenverkehrs einmal kommen wird, aber sie wird sich schwerlich so rasch vollziehen, da hierzu noch in mühevoller Aufbauarbeit erst eine Reihe von außenpolitischen Voraussetzungen geschaffen werden müßte; für deren Vorbereitung bisher einfach gar nichts geschehen ist. Es ist ja ein geradezu grotesker Gedanke, daß in einem Europa, dessen Zerstörung über jedes Maß hinausgeht, die Vergeistlichung der Produktionsmittel durch internationale Verständigung sollte gelingen können. In diesem Sinne könnte bei uns, und auch anderwärts, alles was bürgerlich fühlt und denkt, wirklich beruhigt sein. Man kann die Behauptung aufstellen: Die individualistisch-kapitalistische Wirtschaftsform ist nirgends ernstlich erschüttert worden, auch in Deutschland nicht, und sie erweist sich als so stark, daß die große Mehrheit der Sozialdemokratie an dem Tage, wo sie der Sozialisierung so nahe war wie niemals vorher, vor der Möglichkeit einer Verwirklichung ihrer Bestrebungen zurückschreckte. Gewiß können im einzelnen manche Sozialisierungsmaßnahmen vorgenommen werden, und das wird auch geschehen, jedoch so und in der Beschränkung auf naheliegende Aufgaben der Zweckmäßigkeit hatten es die Propheten des Sozialismus nicht gemeint, sondern die Welt sollte umgestaltet werden, sollte eine Erneuerung und sittliche Wiedergeburt von Grund aus durchmachen. Davon nun, das kann man mit Gewißheit sagen, wird nichts geschehen. Die deutsche Menschheit, die der Probe auf periodischen

Altruismus zuerst unterworfen war, hat sie mit ihrem verstärkten Bekenntnis zum wirtschaftlichen Egoismus (man denke nur an die Lohnkämpfe!) schlecht bestanden, die Nachbarn verstehen noch nicht einmal, was ihnen mit der Sozialisierung zugemutet werden soll.

### Der englische Kredit für die Abmachungen von Spa.

W. T. B. London, 3. Aug. (Drahtbericht.) Das Unterhaus bewilligte einstimmig den Kredit für die nominelle Summe, welche für die in Spa getroffenen finanziellen Abmachungen vorgelassen ist. — Ebenso sah eine Darlehen der Abmachungen und sprach sich ausdrücklich gegen die Unterstellung aus, daß England davon einen Profit habe. — Lloyd George sagte: Das Abkommen von Spa bedeutet keine Änderung der Politik, sondern das Abkommen stellt die Politik des Pariser Vertrages dar. Der Vorbehalt, der Deutschland von den Wiederaufbauabmachungen gewährt werde, entspreche den Vertragsbestimmungen. Die Einnahmen aus den Verkäufen der England-angeteilten Schiffe würde England gutgeschrieben. — W. T. B. Amsterdam, 3. Aug. (Drahtbericht.) Ergänzend zu der gestern Unterhausungabe wird gemeldet, das Unterhaus erklärte seine Zustimmung zu der Regierungsvorlage zur Gewährung eines Vorstufes von fünf Millionen Sterlina an Deutschland als Anteil Englands an der Einleihe der Alliierten, die in Spa beschlossen wurde und die Deutschland in den Stand setzen soll, die Kohlenlieferungen durchzuführen. Lloyd George sagte, es sei natürlich, daß von seiner Seite des Hautes Kritik an der Kreditgewährung geübt worden sei.

### Eine deutsche Note bezüglich der Ablösungs-Transportzüge.

Br. Berlin, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Regierung wird eine Note an die Entente richten, in der diese aufgefordert wird, uns rechtzeitig Mitteilung zu machen, wenn Transportzüge mit abzulösenden Mannschaften für die Besatzungstruppen der Abstellungsgebiete und Munitionstransporte nach Polen gehen, damit wir dafür sorgen können, daß unliebsame Zwischenfälle vermieden werden.

### Der Reichskommissar für die Entwertung.

Bb. Berlin, 3. Aug. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist für den Posten des Reichskommissars für die Entwertung der Zivilbevölkerung der Unterstaatssekretär im Reichsministerium für Ernährung, Dr. Peters in Aussicht genommen, ein erfahrener Verwaltungsbeamter, der aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium herbeigekommen ist, und dem die erforderliche Energie nachgerühmt wird. Der Posten des Kommissars war zunächst einem aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet stammenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei angetragen worden, der infolgedessen die Übernahme ablehnte.

### Der internationale Luftverkehr.

W. T. B. Kopenhagen, 3. Aug. (Drahtbericht.) Heute vormittag traf ein deutsches Wasserflugzeug aus Warnemünde ein, in dem sich der Chef der Wasserflugabteilung der deutschen Luftfahrt, Kapitänleutnant Böttger, und der Oberleutnant Frhr. v. Eppert befanden. Sie wurden vom Direktor der dänischen Luftfahrtschiffahrt Wulff begrüßt. Zweck der Ankunft ist die Teilnahme an den abzuholdenden Verhandlungen über die Eröffnung des internationalen Luftverkehrs. An den Verhandlungen nahm auch der Chef der schwedischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft, Jacobsen, teil.

### Der Generalstreik in Zittau.

Br. Berlin, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der Generalstreik in Zittau dauerte heute vormittag noch an und hat sich gegen gestern noch verstärkt. Die „Zittauer Morgenzeitung“ hatte heute morgen eine kleine Ausgabe herausgebracht. Daraufhin zogen Hunderte von Menschen vor das Geschäftsgebäude und drohten, die Maschinen und die Einrichtungen zu zerstören, wenn der Versuch gemacht würde, nochmals Zeitungen zu drucken. Es herrscht vollkommene Arbeitsruhe, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte; die Nacht ist ruhig verlaufen. Der Eisenbahnverkehr ruht vollkommen. Eisenbahnangestellte bewachen den Bahnhof und die Bahnanlagen. Zittau ist von allem Verkehr abgeschnitten, nur Lebensmittel dürfen heringebracht werden. Auch der Wagenverkehr wird auf den Landstraßen kontrolliert und nur Lebensmitteltransporte dürfen in die Stadt hinein. Der Oberbürgermeister von Zittau ist heute früh nach Dresden gefahren und wird jeden Augenblick in Zittau zurück erwartet. Man rechnet damit, daß er mit den ersten Vortruppen der Reichswehr in die Stadt kommen wird. Der zehner-Ausschuß, der sich die Polizeigewalt angeteilt hat, besteht aus 3 Sozialisten, 2 Kommunisten, 2 Mehrheitssozialisten, 1 Vertreter des Gewerkschaftsartikels, 3 Unabhängigen und 5 aus den Betrieben Gewählten, die man zu den linksstehenden Radikalen zählen muß.

### Der spanische Botschafter in Berlin.

W. T. B. Paris, 3. Aug. (Drahtbericht.) Zum spanischen Botschafter in Berlin wurde nach einer Blättermeldung der jetzige spanische Gesandte in Buenos Aires, Señor Gardiola, ernannt.

## Deutscher Reichstag.

Br. Berlin, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Es wird weiter beraten, so lautete die Botschaft, die Herr Löbe heute den nicht gerade erfreut aussehenden Reichsboten verkündete. Man ist recht schaffener müde nach der Dauer Sitzung von gestern, die sich für viele mit Ausschluß, Kommissionen und anderen Beratungen auf über 12 Stunden ausdehnte. Der Sitzungssaal weist bei den weniger wichtigen Punkten der Tagesordnung — es handelt sich um einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Bestimmungen des Kriegsvertrages über gewisse Schiedsgerichtshöfe und ihrer Vollstreckung aus — ausländischer Urteile, eine Verordnung über Lohnforderungen, einen Gesetzentwurf über Enteignung von Grundeigentum und über Auftragsleistungen bei der Redar-Main-Donau-Kanalisation — eine gähnende Leere auf, und bei einer Abstimmung kommt es sogar zum Hammelsprung. Dann fällt sich der Saal und die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Entwertung der Zivilbevölkerung steht auf der Tagesordnung. Bei der Berichterstattung spricht zunächst Herr Rosenfeld, der die Zustimmung seiner Fraktion zum Gesetzentwurf erklärte unter der Voraussetzung, daß auch die Einwohnerwehren und ähnliche Organisationen einbezogen sind.

### Die Besoldungsreform.

Br. Berlin, 2. Aug. Der Hauptausschuß des Reichstags beriet heute weiter über die Besoldungsreform, nachdem die beteiligten Eisenbahnerorganisationen ihr Ultimatum zurückgezogen haben und nachdem der Abg. Höfner (Zentr.) mitgeteilt hatte, daß auch die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner von dem Ultimatum zurücktrete. Der Finanzminister erklärte darauf, daß für ihn die letzte Angelegenheit nunmehr erledigt sei. Ein Antrag des Unterausschusses wurde in folgender Form angenommen:

Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Abschluß des Reichslohnvertrages für die Verkehrsbeamten resultierenden Mittel sowie die sich daraus ergebenden Ausgleichsauslagen für die Beamten beibehalten werden. Der Reichstag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der einseitigen Nachprüfung des Reichsbesoldungsabkommens die Forderung aus der Länderbesoldungsordnung für die im Reich besonders vornehmen Einrichtungen gezogen wird, so weit sie mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbesoldungsordnung vereinbar ist.

### Die Besetzungszulage.

Bb. Berlin, 2. Aug. Im Hauptausschuß des Reichstags wurde heute von den Abgeordneten Dr. Lauscher (Str.), Dr. Moldenhauer (D. Vp.), Solmann (Soz.) und Dr. Schädling (Dem.) folgende Entschließung eingebracht:

Nachdem das Reich mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des besetzten Gebietes den dortigen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern des Reichs eine sogenannte Besetzungszulage bewilligt hat, erachtet es nicht angebracht, den in dieser Lage befindlichen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern der Länder und Gemeinden, so weit ihr Dienstverhältnis dasjenige der Klasse 12 der Reichsbesoldungsordnung nicht übersteigt, diese Zulagen vorzuenthalten. Da ferner die Notwendigkeit der traglichen Zulagen in der Tat und die Wirkungen der Besetzung, für deren Zeiten das Reich aufkommen muß, begründet ist, so können die Zulagen auch in ihrer Ausdehnung auf die Länder und Gemeinden nicht auf diese letzteren abgewälzt, sondern müssen vom Reich übernommen werden. Der Ausschuss richtet daher an die Reichsregierung das Ersuchen, einen entsprechenden Gesetzentwurf mit tatsächlicher Beibehaltung dem Reichstag vorzulegen.

Die Entschließung wurde vom Abg. Dr. Lauscher im Namen sämtlicher rheinischer Abgeordneten aus dem besetzten Gebiet beantragt. Ministerialdirektor Maeder aus dem Reichsfinanzministerium erklärte im Namen des Reichsfinanzministeriums, daß das Reich nicht in der Lage sei, die Zulagen zu übernehmen und auch die rechtliche Verpflichtung dazu beizubehalten müsse, während Staatssekretär Weber aus dem preussischen Finanzministerium schärfte für die Entschließung eintrat, indem er auf den Bescheid der Reichsregierung vom vergangenen Jahr hinwies, daß das Reich die Folgen des Friedensvertrages übernehmen müsse, und daß die preussische Finanzverwaltung nicht in der Lage sei, die Aufwendungen zu tragen. Der Abg. Höfner von der Mehrheitssozialdemokratie trat den Ausführungen des Reichsfinanzministeriums bei und bekämpfte die Entschließung. Die Abstimmung wurde auf morgen vertagt.

### Die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung.

Bb. Berlin, 2. Aug. Nachdem vor einigen Tagen das sogenannte Ernährungsgesetz in dritter Lesung angenommen ist, begann der Ausschuss für Volkswirtschaft des Reichstags am heutigen Vormittag die wichtigen Beratungen über den Abbau bzw. die Aufhebung der Zwangswirtschaft zunächst mit den Beratungen über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Kartoffeln. Charakteristisch war, daß auch die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokratie den Zusammenbruch der Volkswirtschaft für Kartoffeln anerkannten, und daß zur Sprache gebracht wurde, daß u. a. die Regierung des sozialdemokratisch regierten Freistaats Sachsen und der Regierungspräsident von Düsseldorf als Vertreter des am dichtesten bevölkerten Verbrauchsbereichs von ganz Deutschland die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung im Interesse ihrer Verbrauchskreise fordern.



## Internationale Konferenzen.

## Die Kriegsschuldfrage auf dem Sozialistenkongress.

Br. Berlin, 3. Aug. (Ein. Drahtbericht.) Die dem Genfer Kongress der Zweiten Internationalen vorzulegende Resolution über die Kriegsschuldfrage hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, innerhalb der mehrheitlich sozialdemokratischen Reichstagsfraktion lebhaftes Interesse hervorgerufen. Der Fraktionsvorstand sandte den deutschen sozialdemokratischen Vertretern in Genf ein Telegramm, in dem es heißt:

„Fraktionsvorstand hält mit Zustimmung der deutschen Delegation zum Genfer Kongress den Antrag für unzulässig, da Archive anderer Länder nicht geöffnet sind und ein solches Urteil über Schuldfragen unausführbar und ungerecht wäre.“

W. T. B. Berlin, 2. Aug. Zu dem auf dem Genfer internationalen Sozialistenkongress einzubringenden Resolutionen über die Kriegsschuldfrage, bemerkt der „Vorwärts“: Die Resolution enthält trotz aller Bemühungen, objektiv zu sein, immer noch eine so einseitige Beurteilung der Deutschen, daß wir glauben möchten, die deutsche Delegation werde ihre Zustimmung zu der Resolution in dieser Fassung nicht geben. Von uns aus müssen wir schon jetzt Einspruch dagegen erheben, daß die Resolution einzelne Sätze aus der Denkschrift des deutschen Parteivorstandes herausreißt, um daraus eine deutsche Selbstanklage zu konstruieren, und dagegen andere ebenso wichtige Sätze, wie z. B. diejenigen über die russischen Kriegsteilnahme und die deutsche Verantwortung, warum die Revolution vor fünf Jahren eine Unmöglichkeit war, einfach unter den Tisch fallen ließ.

Der Genf, 2. Aug. Die deutsche Delegation ist nunmehr vollständig eingetroffen und besteht u. a. aus Scheidemann, Bernheim, Meerfeld, Frau Subac, Wolfenbühl und Wels sowie dem zuerst eingetroffenen Dr. Braun. — Nachdem am Sonntag einstimmig beschlossen worden war, in der Kommission für die Verantwortlichkeitsfrage, die unter Vorbehalt der Zustimmung der noch nicht eingetroffenen deutschen Delegierten einstimmig die genehmigte Resolution über die Schuldfrage gefaßt hatte, ermahnte am heutigen Montag, daß die Mehrheit der deutschen Delegierten, darunter Scheidemann und Wels, mit dem Vorstand der Resolution, die als unzulässig und schädlich für Deutschland bezeichnet wurde, nicht einverstanden war. Infolgedessen ist diese Angelegenheit neuerdings an die Kommission verwiesen worden. Der Vorstand der neuen Resolution weicht von dem bereits veröffentlichten Text insofern ab, als die Haltung der deutschen Sozialisten vor dem Krieg weniger scharf verurteilt wird. Außerdem wird in dem neuen Text festgestellt, daß es nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für Deutschland überhaupt keine erschwerende Aufgabe mehr gebe. Diese abgemilderte Resolution wurde vom Kongress einstimmig und ohne Diskussion angenommen.

Der Genf, 2. Aug. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands überreichte dem internationalen Sozialistenkongress zur Frage der Verantwortlichkeit am Weltkrieg folgende Denkschrift:

Es war vielleicht ein Fehler, daß die deutsche Sozialdemokratie das Bündnis mit Österreich-Ungarn nicht ebenso als eine Gefahr erkannte wie das russisch-französische Bündnis. Nach der Auffassung der deutschen Sozialdemokraten war der Friede Europas allerdings erst gesichert, wenn der Jargonismus zerstört war und wenn es gelang, die Kluft zwischen Deutschland und den Westmächten zu beseitigen. Diesem Ziel war die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie eifrig gewidmet.

Die Denkschrift sagt ferner, daß es die Deutschen doch nicht genügend beachtet, daß die frühere auswärtige Politik in Deutschland ohne Kontrolle des Reichstages eine Gefahr bilden müßte. Die deutsche Revolution kam zum Ausbruch der ganzen Welt und besonders auch des deutschen Volkes selbst fünf Jahre zu spät. Der Revolution nicht schon früher die Wege geebnet zu haben, sei eine Schuld. Die Denkschrift stellt ferner fest, daß nach der gesamten Publikation jede Hoffnung auf eine Lokalisierung des Krieges zerstört war. Das Ziel der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges war dessen Beendigung auf Grund einer militärischen Lage, die es keinem der beiden Teile ermöglicht hätte, diktatorische Forderungen zu stellen. Eine Feststellung der Schuld könne erst erfolgen, wenn von einem von nationalistischen Tendenzen freien Komitee sämtliche Staatsarchive geöffnet würden. Die tiefere Ursache lag in der imperialistischen Strömung aller Länder und in der unauflösbaren Konfliktkonstellation. Der unmittelbare Anlaß zum Weltkrieg lag hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Konfliktlosigkeit gepaarten Gewissenslosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Monarchen.

Die Denkschrift schließt: Die Sozialisten sollten aufrichtig genug sein, zu sagen, daß sie einander sehr viel schuldig gewesen sind und dies darauf zurückzuführen ist, daß ihre Kraft der elementaren Gewalt des Krieges nicht gewachsen war. Sehr ist es aber allerdings nötig, so stark zu werden.

daß es keiner Macht mehr gelingen könnte, das nunmehr geschlossene Kriegeaster wieder zu öffnen. Diese Kräfte können nur durch nationale und internationale Einheit der Sozialdemokratie gewonnen werden. Dafür eintreten. Und die deutschen Sozialdemokraten bereit.

## Der internationale Bergarbeiterkongress.

Der Genf, 2. Aug. Der internationale Bergarbeiterkongress wurde heute vormittag um 10 1/2 Uhr durch den Präsidenten Smille in Genf eröffnet. Der Präsident Smille hielt eine Ansprache. Dann ergriff Hué das Wort und dankte im Namen der deutschen Bergarbeiter den britischen Kollegen für die Art und Weise, in der diese während des Krieges die Geschäfte der Bergarbeiter-Internationalen geführt hätten. Weiterhin erklärte er im Namen der deutschen Bergarbeiter, daß das internationale Bergarbeitersekretariat weiterhin in England verbleiben solle. — Die Demission des bisherigen Sekretärs der Internationalen wurde genehmigt und diesem der Dank für seine Verdienste ausgesprochen. An seiner Stelle wurde zum Sekretär der Internationalen der britische Bergarbeitersekretär Sadge gewählt, der die Wahl annahm und als Aufgabe der Bergarbeiter-Internationalen die Befreiung des Kapitalismus bezeichnete. Schließlich behandelte er die Frage der Neuorganisation der Bergarbeiter-Internationalen. Die Belgier, die sich zu den wichtigsten für die Statuten der Bergarbeiter-Internationalen gehörten, schlugen als Ziel der Organisation vor: Befreiung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden, Ein- und Ausfahrt der Eisenarbeiter einbezogen, Befreiung eines des Lebensunterhaltes angemessenen Mindestlohn, um den Arbeitern und ihren Familien eine in materieller und geistiger Hinsicht normale Existenz zu ermöglichen, Verstaatlichung aller Bergwerke, beizubehalten der Allgemeinheit. Die Belgier schlugen weiter vor, daß gegen die Nation der Streit erklärt werden solle, die vordemherig genug sein sollte, einen neuen brudermörderischen Krieg unter den Völkern zu entfesseln. — Der Bericht der französischen Delegation beantragte, daß im Interesse der Allgemeinheit die Erzeugung nach Möglichkeit gefördert werden müsse. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit solle für alle Bergarbeiter der ganzen Welt einheitlich festgesetzt werden, und zwar sollte die tägliche Arbeitszeit in den Bergwerken acht Stunden betragen, geschnitten von der Einschlaf bis zur Stunde der Ankunft vor Tage. Die englischen Berichterstatter vertraten in ihrem Bericht den Standpunkt, daß ein Fortschritt in der Lage der Bergarbeiter nur durch eine Rationalisierung der Bergwerke erzielt werden könne, verbunden mit der Ausweitung der privatrechtlichen Betriebe. Die deutschen Bergarbeiter haben die Forderung erhoben, daß für die Untertagearbeiter die sechs Stunden täglich einzuführen sei, eine Forderung, die aber von der Regierung mit dem Hinweis auf die große Kohlennot als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt worden ist. In Berücksichtigung dieser Tatsache haben wir uns mit der Zeitungsredaktion einverstanden erklärt, fordern aber, daß die technischen Vorarbeiten für die Schichtenschnitt getroffen werden. Ferner soll die deutsche Regierung mit den Regierungen der anderen Staaten sich verständigen über die internationale Einführung der sechs Stunden Schicht. Der deutsche Bericht stellt zum Schluß fest, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Bergarbeiter Deutschlands außerordentliche Fortschritte machen und daß die Mitgliederzahl von 101.000 im Jahre 1914 und von 46.450 im Jahre 1918 auf 240.000 im Jahre 1919 angewachsen ist. Der französische Bergarbeiter Sekretär erklärte sich mit dem persönlichen Standpunkt des Präsidenten einverstanden. An der Uebersetzung der Arbeiter seit Kriegsausbruch sei nicht die Reaktion, sondern die Arbeiterschaft schuld gewesen. Eine Verständigung über den wirtschaftlichen Aufbau und die wirtschaftliche Neugestaltung der Welt könne nur durch die Verständigung der Arbeiter erreicht werden. Jacobin (Schweiz) erklärt, daß heute nicht mehr die Schuld der Schuld am Krieg ermittelt werden sollte, sondern daß es genüge, festzustellen, daß in jenen schrecklichen Augenblicken von 1914 der Lebensgedanke in den einzelnen Ländern noch nicht stark genug war.

Präsident Smille stellt fest, daß im Falle eines neuen Krieges ein internationaler Bergarbeiterstreik erklärt werden würde. Die Bergarbeiter würden im Falle eines neuen Krieges durch die Erklärung des Streiks ihren unumgänglichen Widerstand leisten, wenn kein Krieg gemacht werden. Über diesen Standpunkt müßte der Kongress einen formellen Beschluß fassen.

Hué, Deutschland, befragt begrüßt von der englischen Delegation, erklärt, daß er und seine Freunde mit dem Vorschlag, einen neuen Krieg mit einem internationalen Bergarbeiterstreik zu beantworten, mit ganzem Herzen einverstanden seien. Aber es handle sich um eine Frage von so außerordentlicher Tragweite, daß es ausgeschlossen erscheine, sie an eine Kommission zu verweisen, die einen endgültigen Beschluß aussprechen solle. Wenn wir entsprechend dem Vorschlag Smille eine Kriegserklärung aus der Reihe der militärischen Maßnahmen ergehen lassen, so müssen wir auch bereit sein, die Konsequenzen zu ziehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß heute zwischen Rußland und Polen noch ein Krieg besteht und daß auch in anderen Ländern der Friede nicht gesichert ist und daß weiterhin eventuell neue Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland ausbrechen drohen. — Präsident Smille schlägt vor, die Angelegenheit dem internationalen Komitee zu übertragen mit dem Auftrag, nach der Schluß des Kongresses einen Bericht zu erstatten und einen endgültigen Beschluß zu machen. Die belgische Delegation erklärt sich damit einverstanden, betont aber, daß unbedingt die Streitfrage noch auf diesem Kongress entschieden werden müsse. — Die Verhandlungen werden darauf um 5 Uhr nachmittags unterbrochen und auf morgen vormittag vertagt.

W. T. B. Genf, 2. Aug. (Drahtbericht.) Die von Barthou ein gereichte Resolution zu den Statuten besagt, daß sich die deutschen Bergarbeiter in einer Erklärung aus dem Jahre 1914 mit den annerkennenden Bestimmungen der deutschen Regierung einverstanden erklärt hätten. Diese Resolution wurde von Barthou selbst mit einer Erklärung Hué, daß sich die deutschen Bergarbeiter niemals mit annerkennenden Bestimmungen einverstanden erklärt hätten, zurückgezogen.

waren Stöße von Pfandbriefen, von Anleihen, von Aktien. In alte blaue Umschläge von ihren Schulheften hatte der Vater sie ordentlich zusammengebunden; wie es schien, immer zehn zusammen, deren Coupons zu gleicher Zeit fällig waren; auf abgeschnittenen Papierstücken, die auf den Umschlag aufgeklebt waren, stand das Verzeichnis.

Zehn Pfandbriefe à tausend Mark 4% Reichsbank. Juli—Januar. Zehn Stück Reichsanleihe à zweitausend Mark zu 4 Prozent April—Oktober. Zehn Stück oberbayerische Kohlenbergbau 4 Prozent Juli—Januar ... Dividende Januar.

Alexander griff weiter hinein. Da war ein offener ganz alter Umschlag, darauf stand: Hinterlassen- schaft meines Vaters. Auch hier ein Verzeichnis, weit über hunderttausend Mark.

Während der Sohn, aufgeregt, sich die Reichtümer besah, hörte er ein Geräusch. Erschrocken drehte er die elektrische Lampe aus und lauschte atemlos. Sollte der Vater fühlen, daß eine fremde Hand an den Schätzen herumtastete, die er so geheim hielt, die ihm offenbar das Teuerste auf der Welt waren? Bange Minuten verstrichen. Es blieb wieder still. Es war wohl nur eine Maus gewesen, die sich geregt hatte.

Aber Alexander hatte den Mut verloren, noch weiter zu zählen. Er wußte genug. Es war ein ansehnliches Vermögen, das hier lag, und wenn der Vater auch sonst nichts besaß, war er ein wohlhabender Mann. Aber er mußte wohl auch noch ein Depot bei dem Bankier haben, der sein Kommissionsan der Börse war. Und für seine Frau, für seine Tochter, war die Anschaffung von ein Paar neuer Stiefel, die unbedingt nötig wurden, eine schwere Sorgenlast, und er, der Sohn, mußte von seinem Gehalt sein Essen zu Hause bezahlen, sich selbst seine Kleider kaufen, konnte nicht rauchen, nicht mit den anderen jungen Leuten abends ausgehen, wenn er nur ein bescheidenes Taschengeld übrig behaltend wollte!

Alexander schloß den Blechkasten wieder zu, ver-

lond George weigert sich, Krassin zu empfangen.

mr. Paris, 3. Aug. Das „Echo de Paris“ meldet aus London, daß sich Lond George geweigert habe, die Vertreter der Sowjetregierung, Krassin und Kamenew zu empfangen, solange der Waffenstillstand mit Polen nicht abgeschlossen und die Bedingungen dafür nicht in Kraft getreten seien.

mr. London, 3. Aug. Die „Times“ meldet aus Warschau, daß der Führer der polnischen Waffenstillstands-Kommission der General Komorowski ist.

## Wiesbadener Nachrichten.

## Auswärtige Pressevertreter als Gäste der Stadt Wiesbaden.

Vom 8. bis 16. August wird die Stadt Wiesbaden die Vertreter der führenden Zeitungen des unbesetzten Gebietes als Gäste hier empfangen. An über zwanzig Zeitungen und Verläge aller Parteirichtungen ist vom Magistrat die Einladung zu einem einwöchigen Besuch in Wiesbaden ergangen; die meisten Zeitungen haben bereits die Einladung angenommen, und zwar in der Weizsäcker ihre Hauptkorrespondenten. Der Magistrat hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen, um dem immer deutlicher erkennbar werdenden Vorurteil gegen die Badische des besetzten Gebietes entgegen zu wirken, das im unbesetzten Gebiet offensichtlich besteht und durch das eine schwere Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs eingetreten ist. Den fremden Gästen sollen nicht allzuwenig Gäste vorgeführt werden, sondern es wird ihnen Gelegenheit abgeben werden, unter fundiger Führung die multilateralen Einrichtungen Wiesbadens und die Schönheiten seiner Umgebungen erneut kennen zu lernen, in täglichem Zusammensein mit Vertretern des Magistrats, der Kurverwaltung und den in der Neckarkommision des Magistrats vertretenen Vereinen — Hotelbesitzerverein, Kuckersverein, Verein der Räte Wiesbadens, Kaufmannlicher Verein, Haus- und Grundbesitzerverein — die hiesigen Verhältnisse. Wünsche und Sorgen zu besprechen und im übrigen während ihres Aufenthaltes sich an Ort und Stelle von den hier herrschenden Zuständen zu unterrichten. Hierdurch soll die Gewähr gegeben werden, daß künftighin objektive und zutreffende Berichte über Wiesbaden in der Presse erscheinen, die das deutsche Publikum immer wieder aufklären. Wiesbaden, die Stätte, an denen es früher so oft und gerne Erholung und Heilung suchte und fand, auch jetzt nicht zu vergessen.

Die Frist zur Anmeldung der deutschen Forderungen bei dem Reichsausgleichsamt ist auf den dringenden Wunsch beteiligter Kreise bis zum Ablauf des 16. August 1920 verlängert worden; für Forderungen aus Versicherungsunternehmen gilt die Verlängerung bis zum Ablauf des 15. September 1920. Eine weitere Verlängerung der Fristen über die genannten Termine hinaus ist nicht mehr angedacht. Nach Ablauf der Fristen muß zur Wahrung des Reichsinteresses auf Grund des aus der Kriegszeit vorhandenen amtlichen Materials über die deutschen Auslandsforderungen ermittelt werden, welche Gläubiger ihre Forderungen nicht angemeldet haben. Gegen diese Gläubiger wird das Strafverfahren auf Grund des § 64 des Reichsausgleichsgesetzes sowie das Verfahren zur Enteignung ihrer Forderungen ohne Entschädigung gemäß § 18 des Enteignungsgesetzes eingeleitet werden.

Zur Schonung der kleinen Rentner. Im Einkommensteuerrecht ist vorgesehen, daß bei Steuerpflichtigen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, und deren Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitalertrag oder Pensionen zusammensetzt, die Kapitalertragsteuer bei Einkommen bis 7500 M. zu 75 Prozent, bei Einkommen bis 10.000 M. zu 50 Prozent, und bei Einkommen bis zu 12.500 M. zu 25 Prozent auf die geschuldete Einkommensteuer angerechnet wird. Da ein solcher Steuerpflichtiger überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen, so erfolgt Erstattung des betreffenden Anteils der Kapitalertragsteuer. Die Erstattungsanträge sind an die Finanzämter zu richten; Gelde an das Reichsfinanzministerium haben keinen Sinn. In diesem Zusammenhang sei auch hingewiesen auf den Erlass vom 17. Juli 1920. Danach kann zur Vermeidung von besonderen Härten die in einem Kalenderjahr entrichtete Kapitalertragsteuer nach Ablauf des Jahres in voller Höhe erstattet werden, wenn auf die betreffenden Rentner die obigen Voraussetzungen zutreffen und dieselben nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes keine Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Entscheidung hierüber steht den Landesfinanzämtern zu, die ihrerseits die Finanzämter mit der Entscheidung über Erstattungsanträge beauftragen können.

sperrte das Fach. — Aber nun kam Unvorhergesehenes, was ihn erbeben machte vor Schrecken: der Schlüssel ließ sich nicht mehr herausziehen. Er steckte, trotz aller Anstrengungen, fest im Schloß. Wie er auch zog und zerrte, er blieb unbeweglich. Der Schlüssel stand ihm auf der Stirne. Alles war ja verraten, wenn am nächsten Morgen dieser unglückselige Schlüssel sein Tun verriet. Er hörte schon das Zetergeschrei des Vaters, der natürlich glauben würde, er sei bestohlen. Wie ein Missetäter würde er dem Entsetzten gegenüberstehen, wenn er seine Tat gestand.

Aber alles Mühen und Arbeiten half nichts. Schließlich erhob er sich, entschlossen, alle Folgen zu tragen und wenn ihn der Vater aus dem Hause wies. Was blieb ihm anderes übrig, als offen zu bekennen, was er gewollt: sich überzeugen, ob die wirklich arme Leute seien, klar sehen über ihre Verhältnisse. Es kam eben die Auseinandersetzung, die ja doch unausweichlich war, schon jetzt.

Mit dem Entschlusse, sich trotzig gegen alle Vorwürfe zu wappnen, wollte er sich schon mit dem Unvermeidlichen abfinden, als ihm noch einfiel, ob ein Tropfen Öl den widerborstigen Schlüssel nicht willfähriger machen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

## Neue Bücher.

Der Mangel an Kenntnis der neuen Steuergesetze bringt vielen Steuerzahlern Schwierigkeiten und Verluste. Es dürfte daher vielen unserer Leser mit dem Hinweis auf ein (eben im Verlage von Hermann Sack, Berlin W. 35, erscheinendes) Werk beliebt sein, das zum erstenmal aus der Feder berühmter Fachleute eine Gesamtdarstellung der neuen Steuergesetze bringt. Zur Herausgabe des Werkes „Das neue Reichsteuergesetz“ haben sich vereinigt die Rechtsanwälte Dr. Carl Becker, Dr. Alfred Friedmann, Dr. Gieseler, Dr. Herfeld, Dr. Homberger, Dr. Karl Marquardt, Dr. Roth und die Rechtsanwältinnen Dr. Gertrud und Frau Klug. Diese Autoren allein schon bürgen unseren Lesern dafür, daß es sich beim Lesen dieses Werkes (schonladiger Führung anvertraut. Das Werk wird in zwei Bänden erscheinen.

Der Rechtsanwalt als Selbstverwalter, ein praktischer Ratgeber von Reich, Dabinger. (Verlag von Otto v. Reber, Leipzig.) Es empfiehlt diese kleine Schrift eines Praktikers besonders den jüngeren aus dem Schutze des Kleinrentners. Sie weichen aus den Ausführungen und den gelegentlichen kritischen wertvollen Anregungen und Belehrungen erhalten.

(14. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

## Das Haus mit den Engeln.

Roman von Emma Haushofer-Metz.

Beruhigt legte sich Pius Bernegg, der seine Schätze nach allen Seiten hin verwahrt und versperrt hatte, zu Bett, ahnungslos, was in seinem Heiligtum geschah.

Leise wurde die Tür geöffnet, ein tastender Schritt wagte sich vorwärts im Dunklen, hin zu dem Mahagonischrank. Dann flammte das Licht einer elektrischen Lampe auf, schimmerte durch die Vorhänge, hätte wohl zum Verräter werden können; aber alles schlief. Niemand sah den schwachen Schimmer, der die Fenster erhellte. Es war totentstille. Alexander hielt förmlich den Atem an, vermied jedes Geräusch, als er mit seinem Fuß voll Schlüsseln vor dem Sekretär kniete. Der geringste Lärm konnte ja den misstrauischen Vater wecken. Er hatte schon vorher überlegt, daß nur das untere Fach für seine Nachforschung in Betracht kommen könne. Dem oberen, das doch häufig geöffnet werden mußte, hätte der Vorhänger gewiß seine Wertpapiere nicht anvertraut.

So rasch, wie er es sich gedacht, gab das alte Schloß nicht nach. Er hatte es schon mit einem halben Duzend Schlüsseln versucht; keiner paßte. Endlich schien ein kleiner verrosteter geeigneter. Wahrhaftig: er drehte sich um, das Fach ging auf. Nun wäre es ja zu erwarten gewesen, daß hier eine feuerfeste, angestaubte Kassette stünde. Aber nein! Nur ein Blechkasten, in dem einmal Zunderwaren, Lebkuchen, verschütt worden waren, die der Vater wohl billig bei einem Kaufmann erkanden hatte. Alles so knauserig und schäbig als möglich! Wenn es nur nichts kostete! Den Blechkasten verwahrte auch ein armseliges Vorhängeschloß, das sich wirklich mit dem ersten kleinen Schlüssel öffnen ließ.

Als Alexander den Deckel aufgeschlagen hatte, mußte er sich zusammen nehmen, um sich nicht mit einem Ausruf des Staunens zu verraten. Daß Wertpapiere hier lagen, hatte er wohl vermutet, aber was er vorfand,











**Firma Ludwig Wies-Zöller, Wiesbaden**  
„Nähe des Bahnhofs“ Herrngartenstraße 6.



